

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 33 (1954)
Heft: 6

Artikel: Die Wirklichkeit ist anders
Autor: Zajfert, Theo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336811>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In dem Rufe Rittershausens nach Rückkehr zum einstigen Freihandel wie in dem Heimweh Amonns nach der «guten alten Zeit» äußert sich der Widerwille der Liberalen gegen die regelnde Hand des Staates. Ihr Kreuzzug gegen die «Erfindungen der Bürokraten» ist Ausdruck des Begehrens der Privilegierten des Besitzes, mit ihrem Pfunde ungehindert wuchern zu können.

Dabei ist es sehr bezeichnend, daß ihre Gegnerschaft dem Staate kurzweg, der «Bürokratie» allgemein gilt und daß sie nicht den geringsten Unterschied machen zwischen dem Staate der Demokratie und jenem des Absolutismus, des Faschismus usw. Ein demokratischer Staat, in welchem die Lohnverdiener und Gehaltsempfänger, die Werktätigen überhaupt, zu einem bedeutenden Verständnis ihrer sozialen Lage gelangt sind und ihre demokratischen Rechte bei Wahlen und Abstimmungen, im Aufbau von Organisationen usw. auswerten zum Kampfe um gesetzlichen Arbeiterschutz, um Sozialversicherung, soziale Fürsorge, Preiskontrolle, sozialen Wohnungsbau und dergleichen mehr — ein solcher demokratischer Staat ist den Privilegierten des Besitzes ein schreckliches Ärgernis. Seit der Zeit, da der Faschismus seinen Nationalismus, seine Kriege und ungeheuerlichen Verwüstungen über die Welt gebracht hat, ist zwar auch den oberen Zehntausend die Lust so ziemlich allgemein vergangen — so hoffen wir wenigstens —, zu den schönen Auskunftsmitgliedern Benitos und Adolfs zurückzugreifen. Aber jedenfalls liegt ihnen daran, die Macht des Staates aus dem Bereich der Wirtschaft fernzuhalten. Um dieser Fernhaltung willen werden sie nicht müde, von den «Erfindungen der Bürokraten» zu reden und von der «guten alten Zeit» zu schwärmen.

So wie die Herren Liberalen mit keinem Worte reden von den völlig verschiedenen Merkmalen, durch welche die «Bürokraten» im demokratischen Staate einerseits und dem faschistischen Staate andererseits gekennzeichnet werden — so machen sie auch keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Planwirtschaft.

Aber das von ihnen zu erwarten, das ist zuviel verlangt.

THEO ZAJFERT

Die Wirklichkeit ist anders

Die «Rote Revue» bringt in Heft 4/5, 1954, einen Beitrag von Dr. Natalie Moszkowska, der zum Widerspruch geradezu reizt. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Konzentrationstheorie von Marx, die bekanntlich «einen wichtigen Bestandteil des Marxschen Lehrgebäudes bildet». Das ist unbestritten; unbestritten ist auch, daß Marx im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachenmaterials die Entwicklung in

gewisser Hinsicht richtig vorausgesehen hat. Trotzdem die Tendenz zum Großbetrieb und insbesondere zur Großunternehmung auch heute noch unverkennbar ist, haben sich die kleinen und mittleren Betriebe, dann aber auch die kleinen und mittleren Unternehmungen nicht nur erhalten, sondern noch vermehrt. Und dies sogar in einem Land wie den USA, wo die Entwicklung zum Großbetrieb und zur Großunternehmung gigantische Formen angenommen hatte. In der Schweiz verlief die gleiche Entwicklung in andern, unsern Verhältnissen entsprechenden Dimensionen. Wir möchten schon hier mit Entschiedenheit der von Dr. N. M. geäußerten Meinung entgegentreten und feststellen, daß die Klein- und Mittelbetriebe, *gerade weil sie* in einigen Zweigen unserer Wirtschaft eine hohe betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Daseinsberechtigung haben, sich erhalten konnten! E. Bernstein hat sich nicht geirrt, als er annahm, daß sich die kleinen und mittleren Betriebe dank ihren wirtschaftlichen Vorzügen erhalten konnten; man denke nur an all jene Betriebe (Unternehmungen), wie zum Beispiel das Kunsthandwerk, wo die individuelle Beratung und Fertigung im Vordergrund steht, dann aber auch an jene Unternehmungen, wo sich der kleinere Betrieb als wirtschaftlich zweckmäßiger erweist (Problem der optimalen Betriebsgröße, Tendenz zur Dezentralisation). Selbst in Wirtschaftszweigen wie der Metall- und Maschinenindustrie (Einzel- und Serienfertigung), dann in der Industrie der Steine und Erden (Massenfertigung), lassen sich genügend Beispiele dafür finden. Die Überlegungen von Dr. N. M., die von der Superiorität à tout prix des Großbetriebes ausgehen, schwingen im leeren Raum, weil sich die Frage nach der wirtschaftlichsten Betriebsgröße gar nicht generell beantworten läßt, sondern nur unter Berücksichtigung der technologischen Faktoren, der nationalen (Binnenwirtschaft) und der internationalen (Exportwirtschaft) Gegebenheiten. – Damit soll aber beileibe nicht behauptet werden, daß alle kleinen und mittleren Betriebe (und Unternehmungen) die optimale Betriebs- und Unternehmungsgröße (und damit die größte Wirtschaftlichkeit) erreicht haben. Schließlich ließen sich noch andere Gründe für die Daseinsberechtigung der Klein- und Mittelbetriebe anführen (kriegswirtschaftliche Erfordernisse, soziologische Gründe, Probleme der Bürokratie und der Vermenschlichung der Beziehungen, Fragen der Übersichtlichkeit usw.). Alle diese Überlegungen sind allerdings an eine *Grundvoraussetzung* gebunden, nämlich daran, daß man *schweizerische* Verhältnisse mitberücksichtigt.

Irrig und falsch ist auch eine andere Auffassung, die den Artikel von Dr. N. M. charakterisiert. Knapp zusammengefaßt, läßt sich die Ansicht der Verfasserin so wiedergeben: Die Entwicklung der Technik, die Verbesserung der Produktionsverfahren erfordern eine Mechanisierung und Maschinisierung der Produktion und eine Ausschaltung kleiner und mittlerer Betriebe «durch große und riesige». Nur so wird der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit

erfüllt. Aber die Konzentration der Produktion, beziehungsweise die Verdrängung der kleinen Betriebe (die angeblich volkswirtschaftlich gar keine Daseinsberechtigung haben) durch große wird durch die Kleinhaltung des Massenkonsums immer wieder gehemmt. – Und nun kommt der merkwürdige Satz: «Die hinter der rasch wachsenden Arbeitsproduktivität nicht nachkommende Konsumkraft behindert die technische Entwicklung.»

Auf die Behauptung von der Superiorität à tout prix des Großbetriebes sind wir bereits eingetreten; es bleibt der letzte Satz, der geradezu diametral falsch ist. Es ist unbestritten, daß die Nachkriegsentwicklung in der Schweiz eine wachsende Arbeitsproduktivität in vielen Zweigen der schweizerischen Wirtschaft gebracht hat. Von dieser gesteigerten Arbeitsproduktivität ist ein sehr bescheidener Teil auch der Arbeiter- und Angestelltenschaft zugeflossen. Der größte Teil hingegen ist im Betrieb geblieben und hat zu einer völligen Erneuerung des Produktionsapparates unter Berücksichtigung der letzten technischen Errungenschaften geführt (chemische Industrie!). Natürlich waren auch in diesem Zusammenhang steuerliche Überlegungen von Bedeutung. Daß dieser Prozeß große Gefahren mit sich bringt (Fehlinvestitionen), sei unbestritten; unbestritten ist auch die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterschaft um einen größeren Anteil an der gestiegenen Produktivität. – Wir sehen also: das Nachhinken der Konsumkraft hinter der rasch wachsenden Arbeitsproduktivität hat wohl ein weiteres Ansteigen der Lebenshaltung verhindert, nicht aber die technische Entwicklung!

Auch die weitverbreitete Ansicht, steigende Löhne bildeten den Ansporn zur Einführung technischer Verbesserungen, ist richtig, wenn mit steigenden Löhnen eine Verknappung der Arbeitskräfte Hand in Hand geht, was in der Schweiz und in den USA in den letzten Jahren der Fall war. Beispiele lassen sich in den Geschäftsberichten unschwer finden!

Unsere Kritik richtet sich aber auch gegen die von Dr. N. M. verwendeten unklaren Begriffe. Einmal verwendet die Verfasserin die Begriffe Betrieb und Unternehmung als Synonyme. Das ist in vielen Fällen falsch. Ein Großunternehmen muß nicht auch ein Großbetrieb sein, sondern kann in sehr viele Klein- und Mittelbetriebe zerfallen. – Und was meint Dr. N. M. eigentlich mit «Konzentration des Kapitals»? Marx ging ohne Zweifel von der Kapitalkonzentration im Betrieb und von der Konzentration der Vermögen (privater Kapitalbesitz) aus. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften und der Aufschwung des Effektenkapitalismus führten zu einer Zersplitterung des in der Wirtschaft angelegten Vermögens. Tatsächlich eingetreten ist eine gewaltige Konzentration des Kapitals in der Unternehmung.

Was die Frage der «Drosselung der Kaufkraft der Massen» betrifft, so sei folgendes festgehalten: Eine Erhöhung der Massenkaukraft ist auf drei Arten möglich: erstens durch Preissenkung bei gleichem Lohn, zweitens durch

gleichbleibende Preise bei eingetretener Geldentwertung und Angleich der Löhne, drittens durch Lohnerhöhungen. Alle drei Varianten sind nur möglich bei gestiegener Produktivität oder auf Kosten der Unternehmergewinne. – Die Erhöhung der Massenkauftkraft ist eines der Hauptziele der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Bestrebungen. Die Erhöhung der Massenkauftkraft dient zwei Zielen: erstens der wirtschaftlichen Prosperität, zweitens der Hebung des Lebensstandards der breiten Volksmassen. – Das marktwirtschaftliche, beziehungsweise konkurrenzwirtschaftliche Wirtschaftssystem ist im Prinzip besser in der Lage, das Produktionsproblem zu lösen, als das zentralgeleitete Wirtschaftssystem; versagt hat es aber bei der Verteilung. Hier gilt es, durch unermüdliche Aufklärungsarbeit, durch Änderung von Institutionen, beziehungsweise Einführung geeigneter Institutionen korrigierend einzugreifen. An Stelle des Gewinnerzielungsprinzips muß immer mehr das Bedarfsdeckungsprinzip treten (sozialistisch-genossenschaftliche Marktwirtschaft).

Abschließend sei uns noch folgende Bemerkung gestattet: Die aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme lassen sich nicht ohne Berücksichtigung der realen Gegebenheiten, so einfach vom Schreibtisch aus und unter Abstraktion der Wirklichkeit, lösen. Die Wirklichkeit ist viel, viel komplizierter und kann nicht mit so primitiven Schematas, wie sie Dr. N. M. vorschweben, und mit Behauptungen, die «erwartete Lawine von Konsumgütern» sei «wegen fehlender Kaufkraft» ausgeblieben, beurteilt werden.

Ist es wirklich notwendig, daß Grundsätze, welche vor einigen Jahrzehnten wegen mangelnder Erfahrung vertreten wurden, heute, im Jahre 1954, noch immer in der alten Form wiederholt werden, ohne Berücksichtigung der neuzeitlichen wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse?

MARTEL GERTEIS

Verlockungen zur Schuldenwirtschaft im Privathaushalt

Kürzlich kam ein Vertreter eines Verlages zu mir in die Wohnung, der einen Restposten eines Lexikons zu einem leicht reduzierten Preis vertrieb. Ich pflege sonst solche Vertreter abzuweisen. Da ich aber schon lange Zeit im Sinne hatte, ein Lexikon zu kaufen, bat ich ihn in die Stube. Wie erwartet, bot mir der Herr, ohne Aufforderung meinerseits, Teilzahlung an — zwanzig Franken Anzahlung, später «bequeme monatliche Raten zu zehn Franken». Ich sagte ihm, ich sei grundsätzlicher Gegner von Abzahlungsgeschäften. Höchst erstaunt über mein «rückständiges Denken» hielt mir der gute Mann